

ETH-Präsident tritt zurück

Bildung Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich, wird nach Abschluss seiner Amtszeit Ende Jahr nicht mehr erneut kandidieren. Das gab die Institution gestern überraschend bekannt. «Nach sieben Jahren als Rektor und Präsident möchte ich für den Rest meiner beruflichen Karriere nochmals als Professor aktiv in Forschung und Lehre tätig sein», wird der scheidende Präsident in der Medienmitteilung zitiert.

Weiter heisst es darin, dass in Guzzellas Amtszeit die ETH Zürich ihre internationale Anerkennung als führende Hochschule stärken konnte. Wer seine Nachfolge übernimmt, ist noch offen: Die Wahl des neuen Präsidenten erfolgt durch den Bundesrat – auf Antrag des ETH-Rats. Guzzella verlässt die ETH aber nicht: Nach einem halbjährigen Sabbatical wird er im Sommer 2019 seine Tätigkeit als Professor am Departement Maschinenbau und Verfahrenstechnik der ETH wieder aufnehmen.

In den vergangenen Monaten war Guzzella wegen mehrerer Mobbingfälle an der ETH unter Druck geraten. (sda)



Lino Guzzella. Bild: Keystone

Bundesrat nicht für WC zuständig

Unisex Die Landesregierung kann Unisex-Toiletten nicht zum Durchbruch verhelfen. Denn sie sei nicht zuständig, da die WC in Flugzeugen, Zügen und Restaurants nicht im Bundesgesetz geregelt sind. Das schreibt sie in einer Antwort auf eine Motion des Luzerner FDP-Nationalrats Albert Vitali. Hintergrund ist eine Posse um eine Unisex-Toilette im Luzerner Hotel Anker, das 2016 im Betrieb genommen wurde. Laut Vitali gründen die heutigen gesetzlichen Bestimmungen, die getrennte Toiletten verlangen, im viktorianischen Zeitalter mit seinen rigiden Moralvorstellungen. Es sei unverhältnismässig, heute Restaurants und Betrieben die Ausgestaltung der Toiletten vorzuschreiben. (sda)

Tessiner Zeitung schliesst

Medien Aus für die Tessiner Tageszeitung «Giornale del Popolo»: Die Zeitung wird als Folge des Konkurses des Werbemarkters Publicitas am Samstag zum letzten Mal erscheinen. Der Herausgeber hat gestern die Bilanz deponiert. Die katholisch geprägte Zeitung hatte zuletzt 35 000 Leser. Für das betroffene Personal soll nach möglichst traglichen Lösungen gesucht werden. Per Jahresbeginn hatte sich das «Giornale del Popolo» nach 14-jähriger Zusammenarbeit von der Tageszeitung «Corriere del Ticino» getrennt und war wieder eigene Wege gegangen. (sda)

FDP hadert mit AHV-Kuhhandel

Firmensteuern Dass die Zustimmung zur Steuerreform mit zwei Milliarden Franken an die AHV erkauf werden soll, stösst auf Widerstand. Neben der SVP tut sich auch die FDP schwer.

Roger Braun

Die Einigung kam völlig überraschend. Noch letztes Jahr hatten FDP und SVP die Mehreinnahmen für die AHV heftig bekämpft, am Mittwoch dann die grosse Überraschung: Einstimmig sprach sich die Wirtschaftskommission des Ständerats dafür aus, der AHV mit 2,1 Milliarden Franken jährlich unter die Arme zu greifen, um im Gegenzug die Unternehmenssteuerreform zu retten.

Auch wenn der Entscheid einstimmig zu Stande kam: Noch ist es zu früh, den grossen Durchbruch zu vermelden. Während SP und CVP die Einigung sogleich bejubelten, forderte die SVP die Aufnahme des Frauenrentenalters 65 ins Paket. Von der FDP war gar nichts zu hören.

Dies mit gutem Grund. Denn innerhalb der freisinnigen Partei gibt es viele, die mit dem Entscheid unglücklich sind. Der Präsident der Jungfreisinnigen, Andri Silberschmidt, war vergangenen Sommer einer der lautstärksten Gegner im Abstimmungskampf um die Altersreform. Silberschmidt sagt: «Mit dem Kuhhandel der Kommission bezahlen die Jungen die Unternehmenssteuerreform – das geht nicht!»

Gemäss dem Konzept der Kommission sollen Bund und Kantone die Unternehmenssteuern um 2,1 Milliarden Franken senken, um zu verhindern, dass bisher steuerprivilegierte Konzerne die Schweiz verlassen. Als sozialpolitische Ausgleichsmassnahme soll der gleiche Betrag jährlich in die AHV fliessen.

AHV-Reform gerät in weite Ferne

Für Silberschmidt ist das eine «Pflästerlipolitik». «Anstatt, dass wir endlich die Umverteilung von Jung zu Alt angehen, werden die strukturellen Probleme der Altersvorsorge einfach mit Geld zugedeckt.» Für ihn ist es drin-



Andrea Caroni (Mitte) und Damian Müller (rechts) üben Kritik am AHV-Zustupf.

Bild: Peter Klauzner/Keystone (Bern, 13. März 2018)

gend notwendig, dass die AHV bei den Ausgaben ansetzt, um das Sozialwerk für die Zukunft zu sichern. «Wir können nicht immer älter werden und gleichzeitig mit 64 oder 65 in Rente gehen», sagt er. Silberschmidt verweist auf Aussagen von SP-Präsident Christian Levrat, wonach das Frauenalter 65 mit der Einigung bis Mitte der 2020er-Jahre erledigt ist. «Geben wir der AHV zwei Milliarden Franken, wird das Interesse der SP an einer Altersreform auf null schrumpfen.»

Die FDP wird heute an der Fraktionssitzung ihre Position bestimmen. Dementsprechend vorsichtig äussern sich Parteivertreter. Doch gerade bei jüngeren Semestern ist der Widerwille deutlich. «Der Entscheid der Kommission macht mir Mühe»,

sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR). «Wenn sich alle Politiker am Tisch einig sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie sich auf Kosten jener geeinigt haben, die nicht am Tisch sassen – nämlich der Jungen», kritisiert er.

Junge FDP-Parlamentarier sind kritisch

Für Caroni gehen die Kompromisse nach links sehr weit. Ursprünglich hatte der Bundesrat als sozialpolitischen Anreiz 400 Millionen Franken für höhere Kinderzulagen vorgeschlagen. Daraus sind nun zwei Milliarden für die AHV geworden. «Damit haben wir das Zugeständnis an die Linke verfünffacht – und gleichzeitig eine echte AHV-Reform auf die lange Bank ge-

schoben.» Er will dem Kommissionsentscheid einzig dann zustimmen, wenn es die einzige Möglichkeit ist, die Unternehmenssteuerreform zu retten. «Ich habe aber noch die starke Hoffnung, dass diese Reform zu einem besseren Preis zu haben ist», sagt er.

Kritik kommt auch von FDP-Ständerat Damian Müller (LU), der sich im Abstimmungskampf um die Altersvorsorge 2020 stark engagiert hatte. «Dieser Vorschlag ist schwierig zu verdauen», sagt er. «Mit der Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden geben wir alle Zuckerchen weg. Wenn es dann zur Altersreform kommt, haben wir der Linken nichts mehr anzubieten», sagt er. Er kritisiert auch, dass sowohl bei der Altersvorsorge wie auch bei

der Unternehmenssteuerreform zwei komplett neue Vorlagen entständen – «und das, nachdem wir so lange bereits daran gearbeitet haben». Müller sagt, er lasse sich in der Fraktionssitzung von den Gegenargumenten gerne positiv überraschen, «doch derzeit bin ich sehr kritisch».

FDP-Nationalrätin und Sozialpolitikerin Regine Suter (ZH) sagt, ihr Eindruck sei zwiespältig, sie werde aber wohl zustimmen. Zu wichtig sei die Unternehmenssteuerreform für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Bei der Altersreform zählt sie auf die Einsicht der SP, dass die Altersvorsorge reformiert werden muss. «Die zwei Milliarden ändern nichts daran, dass der Handlungsbedarf gross bleibt», sagt sie.

Beim Bund wird das Geld knapp

Finanzen Die Medienmitteilung der CVP war selbstbewusst: «Steuervorlage 17: Die CVP setzt sich durch». Die Partei mochte ihre Freude nicht verhehlen, dass der Kompromiss der ständerätlichen Wirtschaftskommission aus ihrer Küche stammte. Nämlich, dass für jeden Steuerfranken, der wegen der Steuervorlage 17 entfällt, ein Franken in die AHV fliessen soll. Derzeit geht man von einer Finanzspritze von 2,1 Milliarden Franken für die erste Säule aus. Der Steuer-AHV-Deal hat aber einen hohen Preis. Für den Bund verdoppeln sich die Reformkosten beinahe. Die Steuervorlage 17 belastet die Bundeskasse wohl mit 900 Millionen Franken. Mit der Kompensationsmassnahme kommen nochmals 700 bis 900 Millionen dazu. Der Rest soll über eine Erhöhung der Lohnbeiträge finanziert werden. Die Grünliberalen kritisierten den «Kuhhandel»: «Mehrausgaben haben nichts mit einer Gegenfinanzierung zu tun

– sie verschärfen im Gegenteil den Druck auf die Bundeskasse.» SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi sagte: «Ich befürchte, dass es für andere dringende Projekte eng werden wird.» Aeschi denkt etwa an die Abschaffung der Stempelsteuer und die Abschaffung der Heiratsstrafe.

Es droht ein 500-Millionen-Loch

Letzteres ist ausgerechnet das Prestigeobjekt der CVP. Seit Jahren kämpft sie dafür, dass die steuerliche Benachteiligung von Ehe- gegenüber Konkubinatspaaren auch bei der direkten Bundessteuer aufgehoben wird. Der Bundesrat hat im März angekündigt, dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden soll. Die Vorlage würde die Bundeskasse mit 961 Millionen Franken belasten. Als die Regierung dies beschloss, ging sie davon aus, dass der Bund finanziell genügend Handlungsspielraum hat. Kommt der AHV-Steuer-Deal, ändert sich diese

Ausgangslage. Im Finanzplan geht der Bund 2021 von einem strukturellen Überschuss von 1,9 Milliarden Franken aus. Dabei sind die Kosten der Steuervorlage 17 berücksichtigt. Rechnet man mit 700 bis 900 Millionen Franken zusätzlich für die AHV, würde das Geld für die Abschaffung der Heiratsstrafe noch knapp reichen. Doch der Bundesrat hat bereits entschieden, die Importzölle auf Industriegüter zu senken, um die Hochpreisinsel zu bekämpfen. Kostenpunkt 500 Millionen Franken. Den Mitgliedern der Wirtschaftskommission wurde vorgerechnet, dass mit dem AHV-Zustupf, der Abschaffung der Heiratsstrafe und der Industriezölle der Bundeskasse 2021 500 Millionen Franken fehlen würden. CVP-Ständerat Konrad Graber lässt sich von diesen Zahlen aber nicht beirren: «Das Geld wird auch für die Beseitigung der Heiratsstrafe reichen.»

Doris Kleck

ANZEIGE

Achtung: Gemeinnützige Schweiz in Gefahr!

Vorstellung fällt aus wegen Geldmangel!

Jährlich fliessen 1 Milliarde Fr. Geldspielerträge an Sport, Kultur und AHV. Davon rund 265 Millionen Fr. an kulturelle Projekte wie für die Tellspielgesellschaft Altdorf, den Theaterverein Grenzgänger Luzern sowie die Theater- und Musikgesellschaft Zug. Bei einer Ablehnung des neuen Geldspielgesetzes ist diese Unterstützung in Gefahr!

Wer das nicht will, stimmt Gemeinnütziges Geldspielgesetz **JA+**

www.geldspielgesetz-ja.ch
Überparteiliches Komitee für ein gemeinnütziges Geldspielgesetz, Postfach, 8021 Zürich